



Deutscher Bundestag  
Auswärtiger Ausschuss  
Unterausschuss Zivile Krisenprävention  
und vernetzte Sicherheit  
Obleute

An:

Herrn Torsten Schramm, Vorstandsvorsitzender Weltfriedensdienst e. V.

nachrichtlich an:

Frau Heidi Meinzolt, Mitglied der Steuerungsgruppe des Frauensicherheitsrates und Nahostkoordinatorin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit

Frau Dagmar Schumacher, Direktorin UNIFEM, Brüssel

Herrn Christian Clages, deutscher Botschafter, Dakar

Berlin, 19. Oktober 2011

Geschäftszeichen: PA 3

Bezug:

Anlagen:

**Auswärtiger Ausschuss  
Unterausschuss  
Zivile Krisenprävention und  
vernetzte Sicherheit  
Obleute**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

bearbeitet von:

**Franz-Josef Mesters**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-33703

Fax: +49 30 227-36131

franz-josef.mesters@bundestag.de

**Dienstgebäude:**

Paul-Löbe-Haus

Sehr geehrter Herr Schramm,

die Verleihung des Friedensnobelpreises an Ellen Johnson Sirleaf, Leymah Gbowee und Tawakkul Karman hat noch einmal die Bedeutung unterstrichen, die das Engagement von Frauen für Frieden, Menschenrechte und Demokratie hat.

Die Obleute des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit des Deutschen Bundestages werten diese Auszeichnung als starkes Signal für die Rolle von Frauen im Bereich der Friedenssicherung. Im Dezember 2010 hat der Unterausschuss im Rahmen einer öffentlichen Anhörung „10 Jahre Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ der Vereinten Nationen“ die Gelegenheit gehabt, das Thema ausführlich zu erörtern. Die Resolution 1325 aus dem Jahr 2000 forderte eine weitgehende Beteiligung von Frauen in Sachen Konfliktbearbeitung, von der Einbindung in politische Prozesse und Institutionen, über die Planung und Ausgestaltung von Friedensmissionen bis hin zur Verhandlung von Friedensabkommen.




Das von Ihnen geschilderte Engagement der Plattform der Frauen für den Frieden in der Casamance ist ein eindrucksvoller Beleg für die Rolle von Frauen in Konfliktsituationen. Der vergessene Konflikt in der Casamance (Senegal) hat seit 1982 Tausende von Todesopfern, Verstümmelten, Flüchtlingen und Waisen gefordert. Bis heute sind blutige Auseinandersetzungen, Minenopfer, Vergewaltigungen, Zwangsrekrutierungen und Überfälle auf Dörfer und Reisende an der Tagesordnung. Fast so lange wie diesen ältesten Konflikt Afrikas gibt es Geheimverhandlungen . zwischen Staat und Vertretern der verschiedenen Fraktionen der bewaffneten Autonomiebewegung. Diese Initiativen haben an den geschilderten Leiden der Bevölkerung bis heute nichts geändert. Stattdessen floriert die Kriegsökonomie. Einflussreiche Kräfte haben daher ein Interesse an der Fortdauer des Krieges. Ihre wichtigsten Verbündeten sind die Intransparenz der Verhandlungsprozesse, der Ausschluss der am meisten Betroffenen vom Verhandlungsprozess und das Desinteresse der Weltöffentlichkeit. Hinzu kommen die regionale bzw. internationale Dimension des Konfliktes mit den politischen und wirtschaftlichen Interessen der Länder Senegal, Guinea-Bissau, Gambia und Guinea/Conakry sowie die Wirtschaftsinteressen aus dem kaum zu kontrollierenden Drogenhandel und der damit verbundene bewaffnete kriminelle Konflikt.

In der Casamance hat sich inzwischen über ethnische, soziale und politische Gräben hinweg eine Plattform der Frauen für den Frieden in der Casamance konstituiert, die




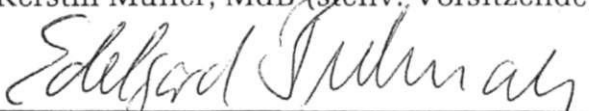
mittlerweile über 20.000 organisierte Frauen der Region repräsentiert und vor Ort durch eine breite Koalition von geistlichen Würdenträgern bis hin zu Popstars unterstützt wird, nicht zuletzt auch von deutscher Seite durch zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure. Vertreterinnen der Plattform sind inzwischen in den nationalen Umsetzungsprozess zur UN-Resolution 1325 integriert und haben bereits zuvor mit Unterstützung durch UNIFEM, den Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen, den Resolutionstext in lokale Sprachen übersetzt und verbreitet. Ohne komplementäre und nachdrückliche Initiativen auf internationaler Ebene ist aber dennoch kein Durchbruch zu ernsthaften Verhandlungsprozessen zu erwarten. Der Unterausschuss würde es daher begrüßen, wenn die europäische und internationale Öffentlichkeit das Wirken der Frauen-Plattform für den Frieden in der Casamance stärker wahrnehmen und ihre Forderung, an einem transparenten Verhandlungsprozess und an allen weiteren Instanzen der Konfliktschlichtung auf Augenhöhe beteiligt zu werden, aufgreifen würde.


Mit freundlichen Grüßen

  
 \_\_\_\_\_  
 Joachim Spatz, MdB (Vorsitzender)

  
 \_\_\_\_\_  
 Kerstin Müller, MdB (stellv. Vorsitzende)

  
 \_\_\_\_\_  
 Roderich Kieseewetter, MdB (Obmann)

  
 \_\_\_\_\_  
 Edelgard Bulmahn, MdB (Obfrau)

  
 \_\_\_\_\_  
 Katrin Vogler, MdB (Obfrau)